

JAHRBUCH ZUM MENSCHENRECHT AUF NAHRUNG 2010

Right to Food and Nutrition Watch; herausgegeben von: Brot für die Welt, FIAN, ICCO, in engl., frz. u. span. Sprache, Okt 2010

Das Jahrbuch zum Menschenrecht auf Nahrung dokumentiert aus einer menschenrechtlichen Perspektive Politiken, aktuelle Entwicklungen und konkrete Fälle im Bereich der Ernährungssicherung und Hungerbekämpfung. Die Tatsache, dass 925 Millionen Hungernde in einer Welt leben, in der es genügend Lebensmittel für alle gibt, muss zu neuen Strukturen des globalen Ernährungssystems führen.

Schwerpunkt Landraub durch Konzerne

Die Finanz und Ernährungskrisen haben eine neue, beängstigende Entwicklung hervorgebracht: Alleine zwischen Oktober 2008 und Juni 2009 wurden laut Erhebung der Weltbank über 46 Millionen Hektar Land durch ausländische Investoren aufgekauft oder langfristig gepachtet; 70 Prozent davon in Afrika. Diese Investitionen führen vor Ort oft zu Landkonflikten, zu steigenden Preisen für Land und Wasserknappheit. Betroffen von diesen großflächigen Aufkäufen sind besonders Kleinbauern/Kleinbäuerinnen, Nomaden und indigene Gruppen. Ihnen wird die wichtigste Produktionsressource genommen: ihr Land. Die diesjährige Ausgabe des Jahrbuchs zum Menschenrecht auf Nahrung ist in zwei Teile untergliedert: Der **Erste Teil**, dokumentiert die verschiedenen aktuellen Reformprozesse bezüglich der momentanen Krisen, die zu steigendem Hunger führen. Besondere Aufmerksamkeit wird den Strategien gewidmet die sich mit dem globalen Ernährungssystem und der neuen Landnahme auseinandersetzen. Im **Zweiten Teil** werden anhand von Länderbeispielen und einzelnen Fällen Verletzungen des Rechts auf Nahrung dokumentiert. Auch hier liegt der Fokus vor allem auf Fällen von Landraub und Vertreibungen in Asien, Afrika und Südamerika.

Kernaussagen des Jahrbuchs zum Menschenrecht auf Nahrung 2010

(1) Reform des Ausschusses für Welternährungssicherung

Die internationale Gemeinschaft bemüht sich seit der Ernährungskrise um neue und verbesserte Koordinierungs- und Entscheidungsstrukturen, um Hunger effektiv zu bekämpfen. Die Reform des Ausschusses für Welternährungssicherung (Committee on World Food Security CFS) eröffnet neue Chancen um die Ursachen von Hunger und Unterernährung anzugehen.

Eckpfeiler für eine erfolgreiche Reform:

- Das Komitee muss von Regierungen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft als die zentrale globale Koordinations-Plattform akzeptiert werden. Es muss mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden – im Sinne eines Welternährungsrates.
- Ein globaler Strategierahmen für Ernährungssicherung (Global Strategic Framework for Food Security and Nutrition GSF) muss gemeinsam von Regierungen und Zivilgesellschaft erarbeitet werden und auf den Menschenrechten basieren. Damit eine zivilgesellschaftliche Beteiligung im Ausschuss möglich ist, braucht es hierfür eine angemessene Finanzierung. Ein Mechanismus für ein Monitoring muss im Ausschuss eingegliedert werden, um nationale und internationale Politiken auf Grundlage der Indikatoren der freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung zu bewerten.

(2) Landraub stoppen auf Basis verbindlicher Rechte und Regeln

Der Durchsetzung des Rechts auf Nahrung kommt eine entscheidende Rolle zu, um Vertreibungen oder Verlust des Zugangs zu Weide- oder Ackerland durch Land Grabbing zu verhindern. Aktuell werden bei der Welternährungsorganisation FAO „Leitlinien zum Umgang mit Land und natürlichen Ressourcen“ erarbeitet, die es Regierungen erleichtern sollen, menschenrechtliche Standards und Prinzipien in diesem Bereich anzuwenden und durchzusetzen. Dieser Prozess muss nun durch Regierungsverhandlungen begleitet und schließlich von den Regierungen verabschiedet werden. Eine freiwillige Selbstkontrolle der Investoren, wie von der Initiative „Prinzipien zu verantwortungsvollen Investitionen in die Landwirtschaft“ (Principles for Responsible Agricultural Investment, RAI) vorgeschlagen, ist absolut nicht ausreichend. Der UN Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, erklärte dazu: *„[Diese] Prinzipien [...] verweisen nicht einmal auf Menschenrechte. Daraus resultiert dass die Rechenschaftspflichten von Regierungen und privaten Akteuren und deren Kontrolle durch unabhängige Gremien verloren geht.“*

Letztendlich müssen die Machtverhältnisse im globalen Ernährungssystem verändert werden. Die Herausforderung liegt vor allem darin, Entscheidungsprozesse transparent zu gestalten und eine effektive Teilhabe der Zivilgesellschaft sicher zu stellen. Regierungen, internationale Organisationen und die Privatwirtschaft müssen letztendlich nachweisen, dass ihr Handeln nicht zu Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung beiträgt und vielmehr dessen Durchsetzung fördert. Erste Schritte sind getan. Aber trotz breiten Zuspruchs weigern sich nach wie vor viele Regierungen, von ihrer eigenen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft bewertet und überwacht zu werden.

ⁱ Beispielsweise die nach der Preisexplosion bei Grundnahrungsmitteln eingerichtete “High Level Task Force on the Food Price Crisis“ der Vereinten Nationen oder das “Global Partnership for Agriculture and Food Security“, eine G8-Initiative.